

# Wider den realpolitischen und vaterländischen Geist unter den Linken : zum Umgang mit der Initiative "Für eine Schweiz ohne Armee" als Spiegel der helvetischen politischen Kultur

Autor(en): **Gross, Andreas / Seitz, Werner**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **5 (1985)**

Heft 10

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652357>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Wider den realpolitischen und vaterländischen Geist unter den Linken

### Zum Umgang mit der Initiative "Für eine Schweiz ohne Armee" als Spiegel der helvetischen politischen Kultur

Es geht uns in diesem Beitrag nicht um die Diskussion über Bedeutung und Funktion der Schweizer Armee, welche die bereits von 50'000 Männern und Frauen unterschriebene Volksinitiative der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) in erster Linie provozieren will. Von der Sache her ist für den folgenden Zusammenhang nur bedeutsam, dass eine fürs traditionelle schweizerische Staats- und Gesellschaftsverständnis wesentliche Institution in Frage gestellt wird. Dies ist für viele hierzulande nicht nur ungewohnt, sondern schlicht undenkbar und deswegen – wörtlich – kaum zu fassen (1).

Wir möchten im folgenden die Art und Weise beleuchten, wie hierzulande mit den Forderungen und Absichten der Volksinitiative "Für eine Schweiz ohne Armee" umgegangen wird, wie das schier Unfassbare eben doch mehr oder weniger gefasst erfasst wird. Welches sind die vorherrschenden Reaktionsmuster? Inwiefern lassen sich daraus weitergehende und verallgemeinerungsfähige Charakteristiken hiesiger "Politischer Kultur" ablesen? Schliesslich interessiert uns vor allem auch die Frage, ob sich innerhalb der schweizerischen "Opposition" (2), wie unbefangenerweise zu vermuten wäre, vergleichsweise offenere Umgangsformen mit der auch für sie in mancherlei Hinsicht ungewohnten Forderung bemerkbar machen. Oder ist die Politische Kultur der "Opposition" etwa mehr Abbild der herrschenden Politischen Kultur als deren Aufhebung und somit weniger Vorschein eines vorurteilslosen, konfliktbewussteren Umgangs mit neuen Inhalten?

Einige Präzisierungen vorweg. Auch wir werden um Schematisierungen nicht herum kommen. Die erfreulicherweise ebenfalls zu erlebenden Ausnahmen werden bei den notwendigen Verallgemeinerungen zu kurz kommen (3). Was die Reaktionen auf die Initiative "Schweiz ohne Armee" betrifft, so berücksichtigen wir nicht nur jene seit der Lancierung im März 85, sondern auch jene während der vierjährigen Vorbereitungsphase (4).

Mit dem Konzept der "Politischen Kultur" greifen wir zwar auf eine neuere politikwissenschaftliche Debatte zurück (5), ohne den Anspruch, einen wissenschaftlich hinreichenden Text zu liefern. Hier geht es uns vielmehr darum, unsere innerlinken Erfahrungen mit diesem Thema in Thesen zu verdichten. Wir verstehen dies als einen Beitrag zur Überwindung der gegenwärtigen Identitätskrise der Linken, welche bekanntlich ja auch immer eine gute Chance zur Erneuerung in sich birgt.

Der Begriff der "Politischen Kultur" ist auch in der Schweiz zu einem Modewort geworden, das in letzter Zeit von Journalisten und Politikern zwischenhinein immer wieder verwendet wurde und je länger je mehr an Bedeutungsschwäche leidet. Meist wird damit ein Vorwurf an andere gedie-

gen artikuliert, im Sinne "unanständigen", beziehungsweise repressiven Umgangs Mächtiger mit weniger Mächtigen. Ebenso werden damit schlechte Umgangsformen von Politikern untereinander, beispielsweise innerhalb eines Parlamentes oder vor Volksabstimmungen, bezeichnet.

Wir möchten uns für unseren Zusammenhang auf Peter Reichel beziehen, der vor fünf Jahren mit einem Zeitschriftenaufsatz die entsprechende, ältere US-Diskussion aufgriff und in der Einleitung zum von ihm herausgegebenen Band "Politische Kultur in Westeuropa" (6) folgendermassen definierte: "Als 'politische Kultur' sollen daher hier die für eine Gesellschaft insgesamt und/oder gesellschaftliche Grossgruppen in einer bestimmten Zeit charakteristischen politischen Orientierungs- und Verhaltensmuster bezeichnet werden. Sie sind einerseits mit den in Institutionen und Gruppenprozessen eingebundenen individuellen Lebensgeschichten (Sozialisation) eng verknüpft, werden aber auch durch aktuelle Ereignisse beeinflusst."

In bezug auf die erwähnte Konzeptdiskussion ist allerdings zu präzisieren, dass wir den Begriff der "Politischen Kultur" grundsätzlich wertneutral verwenden möchten, ihn also mit keinerlei besonderen demokratischen, partizipativen, liberalen oder sozialistischen Voraussetzungen verbinden wollen. Zudem soll er vor allem zur Erklärung jener Denk- und Verhaltensformen von Gruppen beitragen, die mit ausschliesslich sozioökonomischen, institutionsspezifischen oder ideologischen Kriterien nur unzureichend analysiert werden können (7).

Bei den folgenden Überlegungen zu vorherrschenden Verhaltensmustern der Initiative gegenüber sind wir uns bewusst, dass nicht nur die Infragestellung einer vordergründig sicherheitsstiftenden Institution wie die Armee verunsichert, sondern vor allem auch die Art wie dies hier geschieht: Viele verunsichert ganz besonders, dass für diesen unkonventionellen Inhalt ein durchaus traditionelles Mittel schweizerischer Politik gebraucht wird.

Dies ist nicht zufällig so geschehen (8). Die Initiative soll dabei als "sanfter legaler Zwang" (Hans Saner) wider die Verdrängung wesentlicher gesellschaftlicher Fragen, die Realitätsverleugnung und die "Suche nach der Zukunft in der Vergangenheit" (Max Frisch) dienen. Dabei mag die Überwindung der längeren Sprachlosigkeit "traditioneller Linker" gegenüber der GSoA dadurch erschwert worden sein, dass sowohl die Armee zu lange inhaltlich zu unkritisch befragt worden ist, wie auch gegenüber dem Instrument der Volksinitiative nach allzulanger Euphorie eine brüske Desillusionierung unter Linken angesichts der Erfahrungen von 1984 (9) beobachtet werden kann, ohne dass eine vertiefte und differenzierte Analyse über Sinn und Unsinn des Instrumentes der Volksinitiative bereits geleistet worden wäre. Dazu hat Hans Saner kürzlich wieder einen interessanten Anstoss geliefert:

„Dann (während der 'Demokratie im Verfall', ag/ws) wird der exzessive Gebrauch der an sich gewährten, aber unerwünschten Freiheiten zum vielleicht wirksamsten Mittel des Widerstandes, das nicht bloss von Zeit zu Zeit durch symbolische Akte auf augenfällige Ungerechtigkeiten hinweist, sondern eine dauernde demokratische Gegenpraxis zum Verfall ist.“ (10)

Jedenfalls entsprang die Wahl des Mittels der Volksinitiative zur Infragestel-

lung der Armee und zum Aufbruch eines scheinbaren Konsenses, welcher mehr Folge herrschender Hegemonie als Ausdruck bewusster Überzeugungen ist, bereits einer These der politischen Kultur in der Schweiz, die die Zukunftsträchtigkeit anderer Wege und Mittel als geringer erscheinen liess.

## 1. Mehr "Gag" als konkrete Utopie?

Bei verschiedenen Gelegenheiten sind wir seit Frühjahr 81 an das Bonmot von Schopenhauer erinnert worden, dass jede ernsthafte Sache erst lächerlich gemacht, dann bekämpft und nach "geschlagener Schlacht" als selbstverständlich erklärt werde. Die Schweizer Geschichte bietet dafür Beispiele in Hülle und Fülle. Als "Gag" wurde dann die Idee "Schweiz ohne Armee" zwar sofort angenommen; als konkrete Utopie hingegen zogen sie anfänglich nur die wenigsten in Erwägung. Als sich die Initiative als ein ernsthaftes Projekt erwies (damals wurden ja auch "Gag-Initiativen" lanciert wie jene für ein "Recht auf Eigentum" und eine für die "Zweckbindung der Tabakzölle"), waren die einen konsterniert (inklusive Teile der organisierten Friedensbewegung), andere griffen auf pathologische Karikierungen ("Spinner", "Verrückte") zurück, dritte äusserten angesprochene Ängste – auch vor vermeintlicher politischer Ghettoisierung – in unverhohlener Aggressivität. Jedenfalls war von einem offenen, selbstbewussten Zugehen auf die unerwarteten politischen Vorschläge wenig zu vermerken in der "veröffentlichten Öffentlichkeit". Abwarten schien vielmehr die Devise von rechts bis parlamentarisch links zu sein.

## 2. Reagiert wird erst unter Druck

Wir waren uns bewusst, dass jeder und jede Zeit benötigen, um sich an die Befragung einer Institution, deren Selbstverständlichkeit uns gleichsam mit der Muttermilch eingeflösst worden ist, zu gewöhnen. Haben wir die Zeit, die es dazu braucht, dennoch unterschätzt, oder hat man hierzulande vor lauter politischer und anderer Alltagsarbeit keine Zeit zur Diskussion neuartiger Fragen, oder haben die meisten hierfür auf Grund schlechter Erfahrungen einfach die Lust verloren, beziehungsweise allzu viel Angst vor unerwarteten Antworten?

Immerhin dauerte es vom April 81 bis zur Fixierung des Lancierungstermins vom Frühjahr 85 im März 84 fast drei Jahre: Zeit genug um einzugreifen. Anlässe hätte es dazu auch mehr als genug gegeben: Die Jusos formulierten rund um die Abschaffung der Armee ein "friedenspolitisches Programm", die Forderung nach der Abschaffung wurde spontan an der ersten grossen Friedensdemo in Bern am 5.12.81 vorgetragen und mit "offenem Handmehr" unterstützt, die GSoA gründete sich am 12.9.82, unzählige Artikel unsererseits, auch Seminare, Veranstaltungen wurden organisiert – doch eine halbwegs öffentliche, kontroverse Debatte kam erst zustande, als wir aus unseren internen, durchaus vielfältigen und uneinheitlichen Diskussionen die Schlussfolgerungen bereits gezogen hatten.

Erst als wir mit dem 15'000-Franken-Inserat im TAM sowie mit dem Beschluss, die Initiative am 21.3.85 zu lancieren, uns über traditionelle organisa-

torische (Macht-)Potentiale auswiesen – zumindest im zweiten Fall über ein entsprechendes Selbstbewusstsein –, also erst als wir gleichsam ein Drohpotential aufbauten, begannen uns institutionsbezogene Politiker und Aktivisten “ernst” zu nehmen. Auch auf linker und friedensbewegter Seite – soweit sie organisiert sind – scheinen also nicht die Güte oder die Potentiale einer Idee entscheidend zur Auslösung einer Diskussion zu sein, sondern die Gegenmacht, die sich hinter diesem Gedanken manifestiert. Freiwillig mischen sich wenige ein, auf Druck reagieren schon viel mehr.

### **3. Realpolitische Imprägnierung**

Realpolitische Erwägungen beherrschen auch die Linke hierzulande; ebenso ein politisches Denken in der je eigenen gewohnten Struktur: Den institutionalisierten Parteien und Realpolitikern ist die Initiative zu unkonventionell, zu “utopisch”, den sich als “Autonome” verstehenden Anti-Institutionalisten ist sie vielfach zu traditionell, pragmatisch.

Ebenso traf sich eine “Ich-hier-und-jetzt-Ausrichtung” der Nachbewegungszeiten mit einer Art “Neo-Pragmatismus” gewisser Gruppierungen, die sich umso hartnäckiger an ihre Volksinitiativen des Jahres 1984 klammerten, mit der Tradition der Etablierten, alle grundsätzlichen Fragen so lange totzuschweigen bis dies nicht mehr geht. Daraus ergaben sich breite antiutopische Aversionslagen, die über das hierzulande übliche Mass an “Verteidigungsmentalität” zugunsten der Vergangenheit und zulasten der Zukunft noch hinausgingen. Schliesslich wird die politische Produktivität einer Idee bis weit in sich als oppositionell verstehende Organisationen hinein ausschliesslich mit parlamentarischen Ellen gemessen. Dass resignierte, abstinente Menschen und vor allem Jugendliche unter ihnen bei entsprechenden Identifikationsmöglichkeiten und Wiedererkennung verschütteter Hoffnungen auch wieder “einsteigen” könnten und somit die vermeintlich sichere “Kontraproduktivität” weniger gewiss sein könnte, wird nicht einmal mehr in Erwägung gezogen. Statt Köpfchen zu gebrauchen, wurde es vielmehr nur geschüttelt.

Schliesslich überraschte doch das auch unter Linken dominierende statische und eindimensionale Denken. Dass auch wieder Prozesse ausgelöst werden könnten, deren Wirkung und Effekte langfristig auch pragmatischere Forderungen wieder zum Durchbruch verhelfen könnten, scheint wenig präsent.

#### **Wider den Abschied von Utopien**

Auch die organisierten Linken, Alternativen und vielseitig Bewegten kennen und anerkennen offensichtlich mehr Tabus als ihnen bewusst ist. Nicht nur Sozialdemokraten haben Mühe, über den nationalen Konsens der Nachkriegszeit hinauszudenken: Insofern holt das Alte auch manche Teile der ehemals “Neuen” Linken ein. Ihre Utopien liessen sie verschütten, statt sie angesichts neuer Erkenntnisse – die allerdings teilweise schon seit vierzig Jahren vorgetragen werden – zu erneuern.

Die “Schweiz ohne Armee” stellt gleich mehrere solcher alten, auch

linker Konsens-Paradigmen in Frage: "Verteidigung", "Sicherheit", ebenso wie "Miliz", "Souverän", "nationale Souveränität", oder das traditionelle, mehr auf die Verteilung von Macht und Prestige statt auf fundamentale Fragen ausgerichtete Politikverständnis, das zudem statt mobilisieren vielfach nur besänftigen will.

Es motiviert uns im Hinblick auf unsere künftige Arbeit unterwegs zu einer "Schweiz ohne Armee", dass solche Fragen bei engagierten, aber organisatorisch weniger eingebundenen Menschen ein mehr positives und stimulierendes Echo auslösen als bei wie auch immer Organisierten – mit oder ohne Parteibuch – alter Schule. Sie zeigen, dass Ansätze einer emanzipativen Politischen Kultur auch hierzulande festzustellen sind – nur nicht dort, wo viele sie am ehesten zu finden hofften. Die Chance dieser Volksinitiative liegt in der realutopischen Erweiterung der politischen Diskussion: Ob diese Chance genutzt wird, vermögen wir heute noch nicht zu sagen.

## ANMERKUNGEN

- 1) Dieser Aufsatz ist Teil des Sammelbandes "Unterwegs zu einer Schweiz ohne Armee – Der freie Gang aus der Festung", Hrsg.: Brodmann/Gross/Spescha, der im Z-Verlag anfangs 1986, erscheinen wird. Unter anderen haben dafür Beiträge zur Verfügung gestellt: Parin, Beguelin, Passett, Frisch, Dürrenmatt, Saner, von Roten uam.
- 2) Vergleiche dazu die Definition Hans Rudolf Hiltys aus der Zürcher AZ vom 19.1.1973 "Opposition in diesem Land kann nur heissen: gegen den Zusammenhalt derer anzugehen, die auf private Profitmaximierung aus sind." zit. in: Gross, "Opposition: 'Abstellkammer' oder Chance zum gemeinsamen Aufbruch?" in "Zauberformel: Fauler Zauber?", Basel, 1984, S. 198
- 3) Das oben erwähnte Buch "Unterwegs zu einer Schweiz ohne Armee" mit 40 Beiträgen bekannter und weniger bekannter Intellektueller ist selbst Zeugnis dieser Ausnahmen.
- 4) Zur Geschichte der GSoA im Einzelnen, ihrer Erfahrungen und den Reaktionen auf sie vergleiche man/frau die jeweils mit ausführlichen Dokumentationen ausgestatteten "INFOS" der GSoA 1 (Juni 83) bis 10 (Dezember 85), die bei der GSoA, PF 261, 8026 Zürich zu 5.--/Stück bezogen werden können. Teilweise sind sie weit über den eigentlichen Gegenstand der Armee hinaus eigentliche zeitgeschichtliche Quellensammlungen.
- 5) Politische Vierteljahreszeitschrift (Duisburg), Dezember 1980 mit Beiträgen auch im 81er Jahrgang.
- 6) Campus-Verlag, Frankfurt/M., 1985
- 7) Uns scheint dieses Konzept erkenntnisträchtiger zu sein, als der Versuch von Hirschier/Kriesi zum "politischen Stil" (In Festschrift Heintz, Rüegger, 1980 S. 367 - 380): Immerhin stehen deren Ergebnisse bezüglich der "Konventionen" des politischen Bargainings innerhalb der "Elite" – "Realitätsverleugnung und Konfliktvermeidung" – nicht im Widerspruch zu den folgenden Thesen und Beobachtungen.
- 8) Vergleiche dazu den Beitrag "Angst vor Utopien – Angst vor Initiativen?", S. 41 - 45, in "Anstösse zum Frieden", Diskussionsbeiträge der GSoA, Zürich 1985 (2. Aufl.)
- 9) Siehe dazu den Artikel von A. Gross zu den Volksinitiativen im Jahre 1984 und den Einschätzungen ihrer Initianten im Tages-Anzeiger vom 31.12.84
- 10) Hans Saner, Widerstand in der Demokratie, in: studia philosophica 44/1985, S.110.